

Anzeige

UNDICHTER Tonerkartuschen,  
UNBRAUCHBARE Ausdrücke und häufige Ausfälle treiben Ihre  
**DRUCKKOSTEN** unerwartet in die Höhe.

WELT  ONLINEURL: <http://www.welt.de/die-welt/politik/article7313038/Die-Piraten-die-Justiz-und-die-Politik.html>[Bilder ein-/ausblenden](#)[Artikel drucken](#)

## Die Piraten, die Justiz und die Politik

Von Philipp Neumann 24. April 2010, 04:00 Uhr

Koalition und Opposition tun sich schwer mit Verfahren gegen somalische Seeräuber in Hamburg - Auslieferungsbegehren läuft

*Berlin/Hamburg* - Die Piraten waren vor Helgoland gefangen worden, in Handschellen kamen sie nach Hamburg zum Prozess. Am heutigen Samstagabend nun folgt das Urteil: Scharfrichter werden den Missetätern die Köpfe abschlagen und sie auf Holzbalken nageln. Für die "Lange Nacht der Museen" in Hamburg wird die Hinrichtung des Piratenführers Klaus Störtebeker und seiner Männer nachgespielt, und wieder wird er noch etwas ohne Kopf herumlaufen.

Ein Vorbild für den ersten deutschen Piratenprozess neuerer Zeit, der demnächst vor dem Hamburger Landgericht starten soll, dürfte das Geschehen aber kaum sein. Das liegt am Strafmaß und daran, dass die Beschuldigten nicht so einfach nach Deutschland gebracht werden können wie vor 600 Jahren: Derzeit sitzen sie in niederländischen Gefängnissen und wehren sich mit Pflichtverteidigern gegen die Auslieferung. Außerdem stehen deutsche Politiker viel ratloser vor der Frage, wie mit gefangenen Piraten zu verfahren ist, als seinerzeit die Kaufleute der Hanse. Am liebsten wollen sie Piratenprozesse hier im Land vermeiden und die juristische Aufarbeitung einem internationalen Strafgerichtshof überlassen. Den aber gibt es noch nicht, seine Einrichtung ist nicht in Sicht.

Wann der Prozess in Hamburg beginnen wird, ist unklar. "Wir warten", sagt der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Wilhelm Möllers. Sollten die zehn Beschuldigten in der Hansestadt eintreffen, wird ihnen erneut der Haftbefehl präsentiert, er lautet auf versuchten erpresserischen Menschenraub und Angriff auf den Seeverkehr. Dann werden sie in Untersuchungshaft auf den Prozess warten. Ihnen drohen minimal fünf Jahre Gefängnis.

Verhandelt werden soll das, was sich am Ostermontag im Indischen Ozean, weit vor der Küste Somalias, abspielte: Dort enterten Piraten das deutsche Frachtschiff "Taipan", um es gegen Lösegeld wieder freizugeben. Soldaten der niederländischen Marine befreiten das Schiff nach wenigen Stunden und nahmen die Piraten fest, sie wurden über Dschibuti nach Eindhoven gebracht. Unterstützt wurden die Niederländer bei der Befreiungsaktion von Marinefliegern der Bundeswehr, die sieben Stunden über dem

Schiff kreisten und es aus einigen Kilometer Höhe beobachteten. Mit Spezialkameras war der Aufenthaltsort der Piraten auf dem Schiff erkennbar. Einen solchen Einsatz gab es noch nie, und so neu ist die juristische Aufarbeitung in Deutschland.

Im konkreten Fall scheint sie ausnahmsweise einfach: Die Piraten, die offenbar aus Somalia stammen, wurden auf frischer Tat ertappt. Auf dem Schiff wurden Maschinengewehre und Enterhaken gefunden, das Bundeskriminalamt dokumentierte die Einschusslöcher auf der Brücke. Das Schiff war in internationalen Gewässern unter deutscher Flagge unterwegs, die Reederei ist deutsch und ebenso Teile der Besatzung. Ein Amtsgericht in Hamburg kam nicht umhin, einen Haftbefehl auszustellen.

Andere Fälle sind schwieriger, vor allem, weil sie sich meistens in den Hoheitsgewässern Somalias abspielen, das Land aber keine staatlichen Strukturen mehr hat, die ein Gerichtsverfahren zuließen. Die EU hat mit Kenia und den Seychellen vereinbart, Piraten dort vor Gericht zu stellen und zu inhaftieren, aber die kenianische Justiz ist schon nach rund einem Jahr überfordert. Das Land will keine Piraten mehr aufnehmen. Andere Länder wie Tansania oder Dschibuti wollen damit gar nicht erst anfangen.

"Wir müssen uns darum bemühen, einen internationalen Strafgerichtshof für Piraterie einzurichten", sagt der CDU-Außenpolitiker Ruprecht Polenz. Der Prozess in Hamburg dürfe "kein erster Fall in einer langen Reihe" werden. Sein Kollege Omid Nouripour von den Grünen ist zwar auch für das internationale Strafgericht und will sich vorerst mit Prozessen in Drittstaaten behelfen. Er lehnt weitere Piratenprozesse in Deutschland aber nicht ganz so strikt ab. Um hierzulande Verfahren einzuleiten, brauche es jedoch detaillierte Fakten, die das deutsche Verteidigungsministerium nicht immer herausricke, sagt Nouripour. Der FDP-Außenpolitiker Rainer Stinner meint auch, ein großes Land wie Deutschland müsse "keine Angst haben, einige Piraten nach ihrer Verurteilung nicht abschieben zu können". Wenn andere Länder für Piratenprozesse nicht bereit seien oder Prozesse wegen der Menschenrechtslage dort nicht möglich seien, dann müsse die Verurteilung eben in Deutschland stattfinden.

Weil die somalischen Piraten die internationale Gegenwehr inzwischen spüren und in den ersten drei Monaten weniger Schiffe kapern konnten als vor einem Jahr, wollen sie ihr Image verbessern. Man kämpfe "für eine gerechte Sache", sagte ein Pirat einer arabischen Zeitung. Das tat Störtebeker auch.

---